

NÜRNBERG — Mit Asyl- und Migrationsrecht hat sich Hans-Eckard Sommer nahezu sein ganzes Berufsleben befasst – ob zu Beginn als Richter am Verwaltungsgericht oder nun als Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg. Seit gut einem Jahr ist der 58-Jährige nun im Amt. Obwohl Beamter und kein Politiker, scheut sich Sommer nicht, seine Vorstellungen von einer geregelten Asyl- und Migrationspolitik öffentlich zu diskutieren. NZ-Chefredakteur Stephan Sohr befragte Sommer im Nürnberger Presseclub.

NZ: Sie haben den Ruf eines „harten Hundes“ in Sachen Asyl und Migration. Fühlen Sie sich richtig eingeordnet?

Sommer: Ich habe mich selbst nie so bezeichnet, das wurde mir von der Presse zugeschrieben. Ich habe dem dann nicht widersprochen, weil man in meinem Zuständigkeitsbereich schon dann als „harter Hund“ gilt, wenn man darauf Wert legt, das geltende Recht anzuwenden. Um nichts anderes geht es mir.

NZ: Nun gibt es Politiker, die nicht in der Mitte des Parteienspektrums stehen und behaupten, sie seien die wahren Wächter des Rechtsstaates. Was entgegenen Sie jenen?

Sommer: Wir haben in Deutschland Behörden, und dazu zähle ich die meingee auch, die in jeder Hinsicht den rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechen und gerade in meinem Bereich auch umfassend europäisches Recht anwenden. Da brauchen wir niemanden, der uns darauf hinweisen müsste, anders arbeiten zu müssen.

NZ: Etwa 15 Prozent der Asylbescheide halten vor den Verwaltungsgerichten nicht stand. Warum nicht?

Sommer: Grund dafür ist, dass wir eine andere Rechtsauffassung haben als manch ein Gericht. Wir haben es mit Einzelrichtern zu tun, unter denen es keine einheitliche Rechtsauffassung gibt, etwa in der Frage, ob man einen Asylbewerber nach Bulgarien zurücküberstellen kann.

NZ: Nun gibt es Organisationen wie den „Bayerischen Flüchtlingsrat“, die Asylbewerber hinsichtlich ihrer Rechtsmöglichkeiten beraten. Sie sehen diese Organisationen sehr kritisch. Warum?

Sommer: Natürlich brauchen diese Menschen Beratung, aber da sind wir auch auf die Wohlfahrtsverbände

Hans-Eckard Sommer, Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge:

„Keine falschen Anreize setzen“



Sea-Eye-Aktivisten nähern sich einem von der libyschen Küste gestarteten Boot mit Migranten. BAMF-Chef Hans-Eckard Sommer sieht beim Thema Asyl falsche Anreize. Er plädiert dafür, in Libyen eine Schutzzone zu schaffen, um sich dort zusammen mit dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR um die Menschen zu kümmern.

angewiesen. Da gehören die Flüchtlingsräte nicht dazu. Diese haben ein politisches Verständnis von dem Thema, das mit dem geltenden Recht völlig unvereinbar ist und sie greifen unentwegt den Staat an, wenn dieser das Recht durchsetzt. Aus meiner Sicht bräuhete es deshalb diese Flüchtlingsräte nicht.

NZ: 2015/16, als hunderttausende von Flüchtlingen nach Deutschland kamen, war von Staatsversagen und Kontrollverlust die Rede. Zu Recht?

Sommer: Es dürfte kaum ein anderes Land weltweit geben, das es in dieser Situation geschafft hätte, das Asylsystem am Laufen zu halten, mehr schlecht als recht. Mit einem unendlichen Kraftaufwand der BAMF-Mitarbeiter ist das geschafft worden, die haben im Akkord gearbeitet und Überstunden noch und nöcher gemacht. Gleichzeitig mussten sie sich in der Öffentlichkeit angreifen lassen. Mittlerweile haben wir es geschafft, die Fehler, die passiert sind, auszumergen. Diese Behörde war auf diese Situation schlichtweg nicht vorbereitet.

NZ: Ganz generell: Was verstehen Sie unter guter Asyl- und Migrationspolitik?

Sommer: Letztlich geht es darum,

dass ein Staat, auch der deutsche, die Zuwanderung steuern will. So steht es auch im Aufenthaltsgesetz. Wir wollen möglichst auswählen, wer kommt und wer nicht. Dieses Prinzip wird durchbrochen durch das Asylrecht. Wir müssen das System so austarieren, dass von jenen, die über den Asylweg kommen, möglichst viele sind, die auch ein Schutzrecht haben. Wir dürfen also keine falschen Anreize dafür setzen, illegal nach Deutschland einzureisen und müssen umgekehrt alles versuchen, für die Personen, die wir aus wirtschaftlichen Gründen brauchen, Anreize zu schaffen. Das ist durch das Migrationspaket, das gerade durch den Bundesrat verabschiedet wurde, in die richtige Richtung entwickelt worden. Im Asylrecht bin ich



BAMF-Chef Hans-Eckard Sommer (li.), befragt von NZ-Chefredakteur Stephan Sohr

noch nicht zufrieden, denn eine aktuelle Anerkennungsquote von 36 Prozent bedeutet, dass 64 Prozent derer, die über den Asylweg einreisen, ohne Schutzgrund kommen.

NZ: Was sind falsche Anreize für Asyl in Deutschland?

Sommer: Ein Anreiz, an dem wir kaum vorbeikommen, weil wir ein Sozialstaat sind, sind die Leistungen für Asylbewerber. Es ist für viele Menschen, die zu uns kommen, schlicht unvorstellbar, dass ein Staat jemandem ohne Arbeit Geld gibt. Wichtig ist, dass der Gesetzgeber sich deshalb in den letzten Jahren ganz stark auf Sachleistungen für Asylbewerber konzentriert hat. Vorsichtig muss man außerdem sein, Menschen, die illegal nach Deutschland kommen, zu schnell zu beschäftigen. Ich meine, dass die deutschen Unternehmen ihre Arbeitskräfte nicht durch illegale Migration gewinnen können. Man darf nicht vergessen, dass die Menschen heute alle gut vernetzt sind und der Erfolg ihrer Migration in den Heimatländern schnell bekannt wird.

NZ: Wie müsste denn eine EU-weit einheitliche Asylpolitik aussehen – und ist eine solche aus deutscher Sicht erstrebenswert?

Sommer: Der gesamte Bereich des Asylrechts ist EU-rechtlich geregelt, das deutsche Asylgrundrecht könnte man komplett aufheben und es würde sich nicht das geringste ändern. Bisher ist das weitgehend in Richtlinien vorgegeben, die in nationales Recht umgesetzt werden. Die Diskussion in der EU geht aber dahin, diese Richtlinien in Verordnungen umzusetzen, die dann unmittelbar in Deutschland Gesetz wären. Ich meine, wir müssen uns nationale Regelungsspielräume erhalten. Denn Deutschland ist in der EU das Hauptzielland für illegale Migration.

NZ: Derzeit erleben wir eine Eskalation im Konflikt Italiens mit privaten Seenotrettern. Italiens Innenminister Salvini bezeichnet diese Organisationen als kriminell. Was sagen Sie?

Sommer: Es gibt kein Vertun: Menschen, die im Mittelmeer im Wasser treiben, muss man retten. Andererseits müssen wir einen Weg finden, die illegale Migration über das Mittelmeer zu verhindern. Aus meiner Sicht wäre es sinnvoll, wenn eine internationale Koalition etwa in Libyen eine Schutzzone schaffen würde, um die Menschen dort unterzubringen. Denn das sind ganz überwiegend Menschen, die in der EU keinerlei Schutzgründe haben.